



Anforderungen an eine nachhaltige Handelspolitik des 21. Jahrhunderts

WORUM ES GEHT

Die wachsende Dynamik der Globalisierung und ihre Auswirkungen erfordert zunehmende politische Gestaltung. Auch die Handelspolitik bedarf eines neuen erweiterten Ordnungsrahmens und muss den Kriterien einer nachhaltigen Politik entsprechen. Dann kann fairer und freier Handel auch zukünftig Wohlstand schaffen.

Die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Handelspolitik werden im nachfolgenden Dokument beschrieben. Es will einen Beitrag zur Versachlichung der vielfach emotional geführten, und oftmals verkürzten Debatte zur Bedeutung und Rolle der Handelspolitik leisten. Dabei stehen vier zentrale Themenfelder im Fokus. Es weist auf die Bedeutung des internationalen Handels für den Wohlstand und die deutsche Volkswirtschaft hin. Es macht Vorschläge wie ein demokratisch legitimierter Investitionsschutz weiterzuentwickeln ist und welche Regelungen moderne Handelsabkommen zu enthalten haben, um Arbeitnehmerrechte zu wahren und die internationalen Arbeitsnormen weiterzuentwickeln. Es befasst sich zudem mit der Frage, wie der Schutz von Umwelt und Verbrauchern im Rahmen der regulatorischen Kooperation gewährleistet werden kann.

INHALT

- 1. Globalisierung braucht politische Gestaltung**
- 2. Fairer und freier Handel schafft Wohlstand**
- 3. Ausgestaltung der Handelspolitik im 21. Jahrhundert**
- 4. Transparenz und breite Kommunikation als Bedingung für weitere Fortschritte in der Handelspolitik**
- 5. TTIP als möglicher Beitrag zur Weiterentwicklung des globalen Ordnungsrahmens im 21. Jahrhundert**
- 6. Die deutsche Chemieindustrie im globalen Welthandel**

1. Globalisierung braucht politische Gestaltung

Auch im 21. Jahrhundert schreitet die Globalisierung voran. Die Verflechtung von Staaten und ihrer Volkswirtschaften nimmt zu. Durch die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien wächst die globale Bevölkerung weiter zusammen.

Ein entscheidender Motor der Globalisierung ist der technische Fortschritt. Das Internet gibt der Globalisierung zusätzliche Impulse. Politische Entwicklungen wie der Fall des Eisernen Vorhangs, die wirtschaftliche Öffnung Chinas und die Liberalisierung durch die WTO haben den internationalen Austausch zusätzlich beschleunigt. In vielen Produktionsbereichen gibt es bereits heute globale Wertschöpfungsketten. Eine Begleiterscheinung ist der Aufstieg neuer großer wirtschaftlicher und politischer Akteure. Insbesondere China, aber auch Indien oder Brasilien treten neben die etablierten Wirtschaftsgroßmächte USA, EU und Japan und verfolgen kraftvoll ihre Interessen. Der Umsatz der chinesischen Chemieindustrie wird 2015 erstmalig größer sein als die der EU und der USA zusammengenommen. Die weltweiten Handelsströme verschieben sich, 90% des globalen Wirtschaftswachstums wird in den nächsten 10-15 Jahren außerhalb Europas generiert, bilaterale bzw. regionale Handels- und Investitionsabkommen wie zuletzt zum Beispiel TPP werden abgeschlossen.

Der dynamische Anstieg des Welthandels und der grenzüberschreitenden Direktinvestitionen haben zu einer vertieften weltwirtschaftlichen Integration und zu mehr Wohlstand in großen Teilen der Welt geführt. Besonders Deutschland als exportorientierte Nation hat davon profitiert.

Allerdings fallen die Wohlstandsgewinne nicht überall gleich aus: Die Ungleichheit zwischen Ländern ist auch wegen ihrer unterschiedlichen Integration in die Weltwirtschaft weltweit gestiegen und auch innerhalb von Ländern kann die Globalisierung Gewinner und Verlierer hervorbringen. Zudem gehen die Globalisierung und der wachsende Wohlstand damit einher, dass natürliche Ressourcen intensiver genutzt werden. Diese mit der Globalisierung und fehlender internationaler Mindeststandards bzw. ihrer Umsetzung verbundenen sozialen und ökologischen Folgen haben vielfach Kritik an der Globalisierung und am Freihandel hervorgerufen.

Die Ursache für entstandene Ungleichgewichte und schwindendes Vertrauen ist fehlende politische Steuerung und Gestaltung. Der internationale Ordnungsrahmen für die Weltwirtschaft hinkt der Globalisierungsentwicklung hinterher, die Prozesse in den multilateralen Institutionen und Strukturen in ihrer heutigen Form sind ihr vielfach nicht gewachsen.

Auch der internationale Handel braucht Innovationen in den existierenden und neu zu schaffenden Regelwerken, um faire Bedingungen für alle Seiten sicherzustellen. Im Zentrum der Welthandelsordnung steht seit 1995 die WTO. Sie legt als mitgliederbasierte Organisation die Regeln des Welthandels fest und überwacht auf Basis der Verträge, dass die Regeln des Welthandels eingehalten werden. Die WTO hat ihre judikative Rolle aufgenommen und spricht - von ihren Mitgliedern anerkannt - erfolgreich bestehendes WTO-Recht. Weniger erfolgreich ist die WTO als regelsetzende Institution. Das Konsensprinzip erschwert bei einer wachsenden Zahl starker Akteure die Einigung auf neue Regeln, z.B. in der seit 2001 dauernden Doha-Verhandlungsrunde. Die Folge

ist ein multilaterales Regelsetzungsdefizit in Bereichen wie Investitionen, Subventionen, Internethandel, Wettbewerbsbedingungen sowie der regulatorischen Kooperation.

Auch in anderen Bereichen hält der internationale Ordnungsrahmen oder seine nationale Umsetzung nicht mit den Herausforderungen einer globalisierenden und wachsenden Weltwirtschaft Schritt. Sei es beim Schutz von Arbeitnehmern, des Klimas, der Umwelt oder auch von Investoren oder geistigen Eigentumsrechten - die multi- (und pluri-)lateralen Verhandlungen erweisen sich als ausgesprochen komplex und langwierig, die multilateralen Institutionen stoßen an ihre Grenzen.

Da die Weiterentwicklung des internationalen Handelssystems innerhalb der WTO ins Stocken gerät, versuchen Staaten, über plurilaterale, regionale oder bilaterale Abkommen, die Außenwirtschaftspolitik des 21. Jahrhunderts zu entwickeln. Gerade Asien und die pazifischen Anrainerstaaten haben über regionale und bilaterale Abkommen einen hohen Integrationsgrad erreicht.

Neue Wege zur Verbesserung der globalen Ordnung werden gesucht. Dabei ist die Entwicklung besserer Regeln im Welthandel auch im Interesse Deutschlands und Europas – im Sinne der Menschen bei uns und in anderen Teilen der Welt. Denn Handel braucht klare Regeln und eine politische Flankierung auf nationaler Ebene, um sicherzustellen, dass möglichst alle Länder und Bevölkerungsgruppen von den Früchten des Wachstums profitieren.

Die Leitlinien der Nachhaltigkeitsinitiative der deutschen Chemie: „Chemie³⁴“

BAVC, IGBCE und VCI orientieren sich bei ihren Vorschlägen zur Weiterentwicklung der globalen Ordnung an ihren Leitlinien zur Nachhaltigkeit. Die Leitlinien haben das Ziel, Nachhaltigkeit als Leitbild der chemischen Industrie in Deutschland zu stärken und international Impulse zu setzen. Als branchenspezifischer Rahmen geben sie den Unternehmen und Beschäftigten Orientierung für ihr Handeln.

Die Leitlinien greifen Kernelemente aus nationalen, europäischen und auch internationalen Initiativen und Standards wie die 10 Prinzipien des UN Global Compact, die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen auf. Entstanden sind die Leitlinien aus einem Dialog innerhalb der Branche sowie im Austausch mit Gesellschaft und Politik, Wissenschaft und Wirtschaft.

2. Fairer und freier Handel schafft Wohlstand

Faire Handelsbeziehungen intensivieren die Wirtschaftsbeziehungen und stärken die Volkswirtschaften. Grenzüberschreitender fairer und freier Handel führt zu einer effizienteren Arbeitsteilung, höherer Spezialisierung, schnellerem Austausch von Wissen und zu mehr Produktivität. Der dynamische Anstieg des Welthandels und der grenzüberschreitenden Direktinvestitionen hat zu einer vertieften weltwirtschaftlichen Integration und zu mehr Wohlstand in großen Teilen der Welt geführt. Die wachstumsstarken Tiger Ostasiens, China oder auch Indien sind dank ihrer zunehmenden Integration in die Weltwirtschaft gewachsen – wo diese Integration ausblieb, z.B. in Teilen Afrikas, blieb nachhaltiges Wachstum aus.

Faire Handels- und Investitionsabkommen können dabei über ein breites Spektrum an Maßnahmen zu höherem Wohlstand beitragen. Hierzu zählen bessere Exportchancen sowie günstigere Importe durch Abbau von Zöllen und nicht-tarifären Handelshemmnissen. Sie gewähren den besseren Zugang zu Dienstleistungen, zu Beschaffungsmärkten, zu Wissen und zu Investitionen. Sie können Bürokratiekosten senken und durch regulatorische Zusammenarbeit neue gemeinsame Standards schaffen. Sie beziehen dabei Regeln zum Umwelt-, Arbeits- und Verbraucherschutz mit ein.

Die starke Verflechtung Deutschlands mit der Welt kommt der deutschen Gesellschaft insgesamt zugute: als Konsumenten, als Unternehmen, als Arbeitnehmer, als Bürger:

- Die Öffnung der Märkte sorgt für höhere Produktivität und mehr Wohlstand. Hierzu tragen eine bessere Arbeitsteilung, die Ausnutzung von Skaleneffekten, die Verfügbarkeit von mehr und passgenaueren Produktvarianten, schnellere Innovationen durch schnellere Wissensflüsse und mehr Investitionssicherheit bei.
- Die Vorteile hieraus kommen Unternehmen, Arbeitnehmern, Verbrauchern und dem Staat zugute.
- Konsumenten haben Zugang zu vielfältigeren, besseren oder günstigeren Produkten und Dienstleistungen.
- Unternehmen profitieren von größeren Absatz- und Beschaffungsmärkten, gleichzeitig stehen sie natürlich auch in intensiverem Wettbewerb.
- Für die Arbeitnehmer schlägt sich die höhere Produktivität in höheren Löhnen nieder – die Verteilung der Produktivitätsgewinne ist dabei eine Frage der jeweiligen Arbeitsmärkte.
- Der Austausch von Technologien, Ideen und Wissen sowie die Mobilität von Menschen stärken die Bürgergesellschaft und die Demokratie und sorgen für eine aufgeklärtere Gemeinschaft.

Es ist unbestritten und festzuhalten: Bislang profitiert Deutschland von der internationalen Arbeitsteilung in hohem Maße. Nur wenige Länder der Erde sind so stark in die globalen Wertschöpfungsketten eingebunden wie Deutschland. Millionen zum großen Teil hochqualifizierte und gutbezahlte Arbeitsplätze profitieren direkt von der Einbindung der deutschen Wirtschaft in die Weltwirtschaft.

Durch den gestiegenen ausländischen Wertschöpfungsanteil in den deutschen Industriegütern profitieren nicht nur die Arbeitnehmer in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern. Eine Entflechtung Deutschlands und Europas aus dem Welthandelssystem, verbunden mit dem Streben nach mehr Autarkie, wäre mit erheblichen Wohlfahrtsverlusten und sozialen Kosten verbunden.

Deutschland – stark durch Einbindung in die Weltwirtschaft

Deutschland profitiert von seiner Einbindung in die globale Wirtschaft: Die deutsche Volkswirtschaft konzentriert sich auf industriell hergestellte Güter und Dienstleistungen. Vor allem die Produkte des deutschen Maschinenbaus, Kraftfahrzeuge und chemisch-pharmazeutische Erzeugnisse werden international nachgefragt. Rund jeder vierte Euro wird im Export verdient – mehr als jeder vierte Arbeitsplatz hängt direkt oder indirekt vom Außenhandel ab.

Deutschland exportierte im Jahr 2014 Güter und Dienstleistungen im Wert von 1133 Mrd. Euro. Damit ist Deutschland nach China und den USA weltweit der drittgrößte Exporteur von Gütern. Dem standen Importe von 917 Mrd. Euro gegenüber – der gesamte deutsche Außenhandel betrug also mehr als 2 Bio. Euro. Dabei erzielt Deutschland dank seiner wettbewerbsfähigen Wirtschaft einen beträchtlichen Exportüberschuss.

Die deutsche Wirtschaft ist auch stark im Ausland verankert. Der Direktinvestitionsbestand betrug im Jahr 2012 966 Mrd. Euro. Umgekehrt profitierte der Standort Deutschland von 371 Mrd. Euro ausländischer Direktinvestitionen. Laut einer Studie des IW Köln gilt für Deutschland, dass ausländische Produktion nur in rund einem Drittel der Fälle die inländische Produktion ersetzt. In zwei Dritteln aller Fälle ergänzt bzw. sichert ein ausländischer Produktionsstandort den inländischen.

Auch die Verbraucher profitieren von der Einbindung Deutschlands in den Welthandel. Der hohe Offenheitsgrad der deutschen Wirtschaft sorgt für sinkende Preise und für mehr Auswahl insbesondere von Gebrauchsgütern mit mittlerer und langer Lebensdauer. Aktuell kommt eine Studie der Bertelsmann-Stiftung zu den Einkommenseffekten durch die fortschreitende Globalisierung zu dem Ergebnis, dass der Verdienst pro Einwohner und Jahr in Deutschland aufgrund der weltwirtschaftlichen Verflechtung seit der Wiedervereinigung um 1.240 Euro höher ist als ohne.

Auch in Deutschland führt der durch die Globalisierung bedingte Strukturwandel zu politischen Herausforderungen. In einem mit hohem Bildungsniveau ausgestatteten und wissensintensive Güter produzierenden Land wie Deutschland ziehen gut ausgebildete Menschen mehr Vorteile aus der offenen Volkswirtschaft als gering qualifizierte. Es ist Aufgabe der Politik und der Sozialpartner, durch eine aktive Struktur- und Arbeitsmarktpolitik den notwendigen Wandel des Arbeitsmarktes zu gestalten.

3. Ausgestaltung der Handelspolitik im 21. Jahrhundert

Offene Märkte sind eine wichtige Grundvoraussetzung zur Schaffung von Wohlstand und zur Stimulierung des Wirtschaftswachstums. Allerdings tragen offene Märkte nicht alleine zu einer nachhaltigen Entwicklung bei. Ein fairer Freihandel braucht anerkannte und durchsetzungsfähige internationale Regeln sowie eine aktive und politische Flankierung: Die Globalisierung muss gestaltet werden.

Eine nachhaltige Welthandelsordnung des 21. Jahrhunderts braucht zweierlei: Sie verfolgt das Ziel, den Austausch von Gütern, Dienstleistungen, Ideen und die Mobilität von Menschen zu erleichtern, und schafft gleichzeitig hohe internationale Standards für den Schutz von Verbrauchern, Arbeitnehmern und Umwelt.

3.1 Zölle

Im Zuge der verschiedenen Welthandelsrunden konnte ein weitreichender Zollabbau zwischen den Staaten erreicht werden. Allerdings gibt es zwischen den Staaten durchaus noch Zollbarrieren und Mengenbeschränkungen im Handelsaustausch, die den Handel in globalen Wertschöpfungsketten erschweren. Diese sollten auch weiter abgebaut werden.

Die chemische Industrie setzt sich seit langem dafür ein, weltweit alle Chemiezölle abzuschaffen – am besten multilateral im Rahmen der WTO, wenn auf diesem Wege nicht gangbar, über bilaterale Freihandelsverträge. Denn noch immer gibt es Spitzenzollsätze von weit über 10 Prozent, und hohe einstellige Zollsätze sind weit verbreitet. Auch andere Industriebranchen leiden unter hohen Zöllen. Im Übrigen erhebt auch die EU noch nennenswerte Außenzölle – für Chemikalien, Vorprodukte der Chemie und für andere Industriegüter.

3.2 Investitionen und ihr Schutz

Wie der Handel prägen auch internationale Investitionen die globale Wirtschaft. Ausländische Direktinvestitionen können in den Herkunfts- und Empfängerstaaten zu Wachstum und Wohlstand führen. Vielfach wurden und werden ausländische Direktinvestitionen von staatlicher Seite durch spezifische Investitionsschutzstandards begleitet. Damit sollen Investitionen vor Diskriminierungen und Willkür geschützt und andererseits Anreize für mehr ausländische Investitionen geschaffen werden.

Zunächst wurden Investitionsabkommen fast ausschließlich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern abgeschlossen. Mittlerweile schließen aber auch Staaten mit vergleichbarem wirtschaftlichem Entwicklungsstand derartige Abkommen, da zunehmend neben Investitionsschutzstandards auch Regeln für den Marktzugang von Investitionen vereinbart werden. Spätestens seit Beginn der TTIP-Verhandlungen werden Investitionsschutzabkommen sehr kritisch diskutiert. Die Kritik entzündet sich an Verfahrensfragen und dem Umfang der materiell-rechtlichen Schutzstandards.

Neben traditionellen völkerrechtlichen Schutzstandards, wie dem Schutz vor Enteignung oder enteignungsgleichen Eingriffen sowie das Recht auf Inländer-

gleichbehandlung, enthalten viele Abkommen weitergehende Regelungen mit unbestimmten Rechtsbegriffen. Die Möglichkeit von Unternehmen, daraus vor ad hoc-Schiedsgerichten Schadenersatzansprüche geltend zu machen, ist zunehmend in die öffentliche Kritik geraten. Die Kritiker befürchten, dass dadurch die Regulierungs- und Gesetzgebungshoheit, etwa im Umwelt- und Arbeitnehmerschutz, erheblich eingeschränkt werden könnte. Umgekehrt befürchten Investoren, dass die im gegenwärtigen, in einem neutralen Schiedsverfahren bewährte Verankerung von Grundsätzen wie Eigentumsschutz und Nicht –Diskriminierung eingegrenzt, und damit grundlegende Investorenrechte beschränkt werden könnten.

Ein gesellschaftlich akzeptiertes System zum Schutz internationaler Investitionen sollte aus Sicht des BAVC, der IG BCE und des VCI einen angemessenen Ausgleich der Interessen finden. Mit Blick auf die aktuelle Diskussion sollte es insbesondere folgende Aspekte aufgreifen:

- Das Recht des Staates, im öffentlichen Interesse weitere und neue Vorschriften zu erlassen (right to regulate): Investierende Unternehmen können durch Investitionsschutzabkommen keine rechtlichen Garantien auf ein unverändertes Rechtsumfeld erlangen, ohne jedoch einen Missbrauch seitens eines Gaststaates zu ermöglichen.
- Konkretisierungen der Schutzstandards der billigen gerechten Behandlung und indirekten Enteignung.
- Eine unabhängiges, öffentlich-rechtliches Investitionsschiedssystem mit Sekretariat, eigener Verfahrensordnung und mit von den Vertragsstaaten ausgewählten Richtern. Die Kandidaten müssen unabhängig sein, entsprechende Qualifikationen nachweisen und in einem transparenten Verfahren besetzt werden. Der Aufbau eines internationalen Investitionsgerichtshofes wäre ein wichtiger weiterer Schritt.
- Die Möglichkeit, nach einem Urteil in die Berufung zu gehen.
- Die Schaffung von Transparenz: Schriftsätze werden veröffentlicht (nach UNCITRAL Regeln), die Verhandlungen sollen öffentlich sein. Dabei gilt es aber den angemessenen Schutz von Geschäftsgeheimnissen und Persönlichkeitsrechten zu wahren.
- Eine Klärung des Verhältnisses zwischen einem Schiedsverfahren nach Investitionsschutz und innerstaatlichen Gerichten.
- Eine effektive Durchsetzung von Schiedssprüchen muss garantiert sein.

3.3 Schutz von Umwelt und Verbrauchern – Regulatorische Kooperation

Zunehmende globale Wertschöpfungsketten und die technologische Entwicklung rücken nicht-tarifäre Handelshemmnisse immer stärker in den Fokus der Handelspolitik. Wie Zölle können nicht-tarifäre Handelshemmnisse den Austausch von Waren und Dienstleistungen stören und damit Wohlfahrtsgewinne verhindern.

Allerdings wurden viele nicht-tarifäre Handelsschranken mit dem Ziel des Schutzes der Umwelt, von Verbrauchern und Arbeitnehmern eingeführt. Daher darf der Abbau von

nicht-tarifären Handelshemmnissen nur dann erfolgen, soweit sie eben nicht erforderlich für Verbraucher-, Umwelt- oder Arbeitnehmerschutz sind. Wo sie erforderlich sind, kann nur über Harmonisierungspotenziale ohne Absenkung gesprochen werden, oder über eine Anhebung auf das jeweils höhere Niveau.

Unter diesen Voraussetzungen kann auch eine regulatorische Kooperation erfolgen, um neue und noch nicht einbezogene Produkte, Dienstleistungen und Technologien in Handelsabkommen zu regeln. Diese hat über institutionalisierte Beteiligungsformen auch die Zivilgesellschaft einzubeziehen, etwa durch dauerhafte Beratungsgremien, in denen die Zivilgesellschaft Beiträge zu einer Ausgestaltung zukünftiger Handels- und internationaler Ordnungspolitik leisten kann.

In multilateralen und bilateralen Handelsabkommen geschaffene Regulierungskomitees haben ausschließlich beratende Funktionen und dürfen neue demokratisch legitimierte Regulierungsvorhaben in keiner Weise behindern oder verzögern.

Um die Kontroll- und Gesetzgebungsrechte der Parlamente sicherzustellen, sind alle von den Regulierungskomitees eingebrachten Vorschläge in die jeweils geltenden Legislativverfahren einzubringen.

Als Bestandteil des Vertrages von Lissabon und damit der grundlegenden EU-Verträge darf das Vorsorgeprinzip nicht von Handelsgesprächen und -verträgen in Frage gestellt werden. Gleichfalls dürfen Handelsverträge nicht das Recht von Staaten einschränken, den Schutz der Umwelt und des Menschen weiterzuentwickeln.

3.4 Wahrung von Arbeitnehmerrechten

Ein fairer und nachhaltiger Freihandel ist ohne eine Anerkennung und Durchsetzung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte nicht möglich. Ihre Beachtung ist eine Voraussetzung für fairen Wettbewerb der Unternehmen und gibt der Globalisierung ethische und politische Legitimität. Die Wahrung von Arbeitnehmerrechten stellt sicher, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der wirtschaftlichen Entwicklung und den wirtschaftlichen Erfolgen teilhaben können. Daher sollten in Freihandelsabkommen grundsätzlich auch Arbeitnehmerrechte verankert werden, wie die in der Erklärung der ILO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit aus dem Jahr 1998 festgelegt:

- die Vereinigungsfreiheit und die effektive Anerkennung des Rechts zu Kollektivverhandlungen
- die Beseitigung aller Formen von Zwangsarbeit
- die Abschaffung der Kinderarbeit
- die Beseitigung der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf

4. Transparenz und breite Kommunikation als Bedingung für weitere Fortschritte in der Handelspolitik

Eine stärkere demokratische Legitimation der Handelspolitik ist essenziell zur Wahrung

des gesellschaftlichen Grundkonsenses: Handel schafft Wachstum und Wachstum schafft Arbeitsplätze. Hierzu ist die Schaffung von Beteiligungsmöglichkeiten erforderlich, um sicherzustellen, dass interessierte gesellschaftliche Gruppen ihren Beitrag zur Ausgestaltung der Handelspolitik des 21. Jahrhunderts leisten können. Eine ausgewogene politische Teilhabe aller vom Thema Handel betroffenen Interessengruppen ist Zeichen einer lebendigen Demokratie und trägt dazu bei, dass Handelsabkommen zwischen Staaten auf einem soliden demokratischen Fundament stehen.

Ebenso wichtig ist es, die Grundlagen dafür zu schaffen, dass eine öffentliche Debatte über handelspolitische Entwicklungen geführt werden kann. Eine sachlich und faktenbasiert geführte Diskussion ist jedoch nur dann möglich, wenn seitens der Verhandlungspartner ein hohes Maß an Transparenz gewährleistet wird. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass ein Abkommen entstehen kann, das hohen Ansprüchen an Wohlstand, wirtschaftlichem Wachstum, sozialer Verantwortung und Nachhaltigkeit entspricht.

5. TTIP als möglicher Beitrag zur Weiterentwicklung des globalen Ordnungsrahmens im 21. Jahrhundert

Die Entwicklung der Weltwirtschaft eilt der Entwicklung der internationalen Institutionen unbestritten voraus. Die Entstehung einer spontanen Ordnung kann möglicherweise einige Defizite beheben, ebenso wachsender Druck von Konsumenten aus den wohlhabenden Staaten, aber ein politischer Prozess zur Setzung des Ordnungsrahmens bleibt letztendlich unverzichtbar.

Da die Weiterentwicklung der multilateralen Ordnung derzeit bestenfalls stagniert, suchen die Akteure neue Wege zur Entwicklung internationaler Regeln. Plurilaterale Verhandlungen und bilaterale Abkommen sind in Anbetracht der Schwierigkeiten des multilateralen Ansatzes zum Instrument der Wahl geworden.

Die EU und die USA setzen besonders viele Hoffnungen in die Verhandlungen zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft „TTIP“. Inzwischen haben sich die USA mit zwölf pazifischen Staaten im Rahmen der TPP-Verhandlungen auf ein Handelsabkommen geeinigt. Zwischen asiatischen Staaten ist ein enges Geflecht aus Freihandels- und Wirtschaftsabkommen entstanden. Auch die EU verhandelt mit vielen anderen Partnern (Japan, Indien u.a.).

Will Europa seine Interessen und Prinzipien in der globalen Ordnung des 21. Jahrhunderts angemessen berücksichtigt sehen, muss es entsprechenden Foren nutzen oder schaffen. Dies bedeutet, dass es sich aktiv in die WTO, die Klimaverhandlungen, die OECD und andere Institutionen einbringt und sie stärkt. Dies bedeutet aber auch, mit dem nötigen Realismus an diese Aufgabe heranzugehen und auch die Chance plurilaterale und bilaterale Ansätze wie TTIP dazu zu nutzen, den in diesem Papier skizzierten Zielen näher zu kommen.

Durch eine zukunftsweisende regulatorische Kooperation zwischen der EU und der USA können die Kosten zur Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen verringert werden. Im Falle derartiger bilateraler Vereinbarungen großer Partner können „regulatory spil-

lovers“ bei den Akteuren in Drittstaaten dazu führen, dass sich diese an gemeinsamen US-EU-Standards orientieren und dadurch beispielsweise im Umwelt- und Verbraucherschutz, Arbeitnehmerrechte sowie in der Arbeitssicherheit höhere Standards einführen.

6. Die deutsche Chemieindustrie im globalen Welthandel

Die Globalisierung und der Abbau von Handelsschranken bieten auch der Chemie vielfältige Chancen. Diese liegen im leichteren Austausch von Gütern, Rohstoffen und Vorprodukten, Dienstleistungen und Arbeitskräften sowie in möglichst ähnlichen Produktregeln.

Die deutsche Chemie hat im Jahr 2014 chemisch-pharmazeutische Produkte im Wert von 169,5 Mrd. Euro exportiert. Umgekehrt importierte Deutschland chemische Erzeugnisse im Wert von 116,6 Mrd. Euro. Der deutliche Exportüberschuss zeigt die relativ hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen chemisch-pharmazeutischen Industrie.

Die Chemieindustrie selbst bezieht Vorleistungen aus aller Welt (z.B. Anlagen, Lizenzen, Software, Vorprodukte, Rohstoffe). Ihr günstigerer oder einfacherer Bezug kann die Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland stärken.

Die Investitionsbestände der deutschen Chemie betragen weltweit 57,7 Mrd. Euro, die ausländischer Chemieunternehmen bei uns 41,5 Mrd. Euro. Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer haben großes Interesse an weiteren Investitionen – auch die EU ist dringend auf mehr Investitionen angewiesen, um ihre Wachstums- und Beschäftigungsschwäche zu überwinden. Dies erfordert aber, dass Investitionen sicher und rentabel sind.

Allein auf die deutschen Chemieexporte werden jährlich Zollzahlungen von rund 2 Mrd. Euro fällig, ein erheblicher Anteil davon aus Intrafirmenhandel - unnötige Kosten, die weltweit anfallen.

Internationale Vereinbarungen und Verhandlungen, die die Integration der Weltwirtschaft weiter fördern, können auch über die Handelsausweitung durch Zollabbau hinaus eine Reihe von Vorteilen bringen. Hier einige weitere Verhandlungsfelder, aus denen sich die Chemie Vorteile verspricht:

Teile der Chemie können direkt oder indirekt über ihre Kunden von der Öffnung ausländischer Beschaffungsmärkte profitieren (GPA, bilaterale FTA).

Vereinbarungen zu Energie und anderen Rohstoffen können die Versorgungssicherheit erhöhen und Energie- und Rohstoffkostendifferenzen zwischen den Wirtschaftsräumen verringern (WTO, Energy Charta, FTA).

Eine erleichterte temporäre Entsendung von Arbeitskräften erlaubt es, Engpässe bei Fachkräften beim Aufbau oder Betrieb von Anlagen im Ausland zu mildern.
